

5. Bildung von Arbeitsgruppen

Der Runde Tisch beschließt die Bildung von Arbeitsgruppen und benennt dazu je zwei Einberufer.

- 1. Wahlgesetz
- 2. Parteien und Vereinigungsgesetz
- 3. Neue Verfassung (vgl. Beschluß 2)
- 4. Wirtschaft

6. Zur Rechtsstaatlichkeit

Im Bemühen um Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Interessen unseres Volkes fordern die Teilnehmer des Rundes Tisches Sofortmaßnahmen der Regierung in folgenden Fragen:

- 1. Jede Person, die Amtsmissbrauch und Korruption begangen hat, wird auf der Grundlage des geltenden Strafgesetzbuches zur Verantwortung gezogen. Bei der Durchführung von Ermittlungsverfahren bzw. Strafverfahren, werden die Bestimmungen der Strafprozeßordnung angewandt. Dies bedeutet erforderlichenfalls den Erlaß von Haftbefehlen und nicht die Anordnung ungesetzlicher Hausarreste.
- 1.1 Die Dienststelle des Generalstaatanwaltes der DDR hat jeweils unverzüglich zu sichern, daß allen Hinweisen, Anzeigen und Mitteilungen auf der Grundlage des § 95 der Strafprozeßordnung nachgegangen wird und bei Vorliegen von Verdachtsgründen einer Straftat sofort geprüft wird, welche notwendige Sicherung von Objekten und Beweismitteln zu erfolgen hat.
- 1.2. Die Regierung der DDR wird aufgefordert, eine spezielle Untersuchungsabteilung für die Aufklärung der Vorgänge von Amtsmissbrauch und Korruption zu bilden. Diese Untersuchungsabteilung wird für die Dauer ihrer Tätigkeit unmittelbar dem Ministerpräsidenten unterstellt. Die Aufgabenstellung dieser Untersuchungsabteilung wird öffentlich bekanntgemacht.
- 1.3. Die Staatsanwaltschaft der DDR wird aufgefordert, mit der am 04.12.1989 gebildeten abhängigen Untersuchungskommission wirksam zusammenzuarbeiten.
- 1.4. Die Regierung der DDR wird aufgefordert, einen sofortigen Maßnahmenplan öffentlich bekanntzugeben, wie durch Sicherungskräfte des Ministeriums des Inneren alle Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit auf allen Ebenen unter Kontrolle gestellt werden, damit keine Vernichtung von Dokumenten bzw. Beweismaterial erfolgen kann und Mißbrauch ausgeschlossen wird.

2. Die Regierung der DDR wird aufgefordert, daß Amt für Nationale Sicherheit unter ziviler Kontrolle aufzulösen und die berufliche Eingliederung der ausscheidenden Mitarbeiter zu gewährleisten. Ueber die Gewährleistung der eventuell notwendigen Dienste im Sicherheitsbereich soll die Regierung die Öffentlichkeit informieren.
3. Die Regierung der DDR wird aufgefordert, zur Unterstützung der Tätigkeit unabhängiger Bürgerkomitees den rechtlichen Rahmen festzulegen.

Z. Weiterarbeit

Eine 2. Sitzung des Runden Tisches wird für den 18. Dezember 1989 im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, um 9.00 Uhr verabredet.